

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/49

Bonn, den 11. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>EWG vor Marathonverhandlungen</u> Sorgen des Europa-Parlaments Von Egon C. Heinrich	96
3	<u>Parteiuchbeantwortung in Hessen ?</u> Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB	47
4	<u>Am Beispiel Schleswig-Holsteins</u> Fünf Bundesländer in Finanznot	44
5 - 6	<u>Großbritannien im Wahlkampf</u> Von Fritz Segall, London	94

+ + +

EWG vor Marathonverhandlungen

Sorgen des Europa-Parlaments

Von Egon C. Heinrich

Drei große Themen beherrschten die letzte Plenarsitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg: Die Harmonisierung der Umsatzsteuern in der EWG, die politische Lage der Gemeinschaft nach der Krise sowie die wirtschaftliche Lage der EWG und ihre Aussichten für 1966. Auffallend dabei war, daß die grundlegenden Berichte zu allen drei Diskussionsthemen von deutschen Sozialdemokraten ausgearbeitet und dem Parlament vorgelegt wurden. Walter Seuffert verfaßte einen Bericht über die Mehrwertsteuer, der für die weitere Gestaltung der europäischen Steuerpolitik richtungweisend sein dürfte. Nach der EWG-Vorlage soll in einer ersten Stufe der Steuerharmonisierung bis Ende 1969 in allen sechs Ländern des Gemeinsamen Marktes ein einheitliches Mehrwertsteuersystem eingeführt werden. In der zweiten Stufe sollen dann bis 1972 auch die unterschiedlichen Steuersätze, Befreiungen usw. angeglichen werden, so daß dann innerhalb der EWG keinerlei Unterschiede mehr bei der Umsatzbesteuerung bestünden. Nach Ansicht Seufferts kommt einem solchen Schritt im Rahmen der europäischen Integration weit größere Bedeutung zu als etwa den landwirtschaftlichen Marktordnungen der EWG.

Der wiederum zum Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments gewählte SPD-Abgeordnete Ludwig Metzger legte in seinem Exposé die Haltung des Europäischen Parlaments zu dem Ende Januar in Luxemburg getroffenen Kompromiß der EWG-Außschminner dar. Das Europäische Parlament begrüßte zwar einhellig die Wiederaufnahme der normalen Arbeit im Brüsseler Ministerrat, d.h. die Rückkehr Frankreichs an den Konferenztisch. Andererseits waren sich mit Ausnahme der Gaullisten alle Sprecher darin einig, daß bei dem wichtigsten Problem, nämlich der Mehrheitsregel, keine Einigung erzielt werden konnte und daß daher die Krise der EWG jederzeit wieder ausbrechen könnte. Vor allzu großen Illusionen wurde gewarnt. Denn bereits bei den bevorstehenden, äußerst schwierigen Verhandlungen dürften die nationalen Interessengengensätze wieder hart aufeinanderprallen. Zudem lassen die in Luxemburg getroffenen Vereinbarungen unterschiedliche Auslegung zu. Dies hat sich bereits bei den ersten Sitzungen des Ministerrats gezeigt.

Ludwig Metzger stellte mit Nachdruck klar, daß der von allen Mitgliedstaaten ratifizierte EWG-Vertrag Mehrheitsabstimmungen ausdrücklich vorschreibe. Daran könne man durch Auslegungsversuche nicht vorbeigehen. Die Krise habe bewiesen, daß die wirtschaftliche Verflechtung der Sechsbereits soweit fortgeschritten sei, daß es sich kein Mitgliedstaat mehr leisten kann, die Gemeinschaft zu verlassen. Das gelte vor allem auch für Frankreich, das in seinem Außenhandel vom Gemeinsamen Markt mehr profitiere als die anderen Partnerstaaten.

Unzufrieden war man im Europäischen Parlament darüber, daß bei der Luxemburger Konferenz die Frage der Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments nicht behandelt worden war. Der EWG-Kommission und den beiden Exekutiven von Montanunion und Euratom sprachen die 142 Europa-Abgeordneten ihr volles Vertrauen aus. Diese Rückendeckung dürfte sich ohne Zweifel bei der bevorstehenden Neubenennung der Kommissionsmitglieder bemerkbar machen. Es scheint, als ob de Gaulle inzwischen

auch seinen Widerstand gegen die Berufung Professor Hallsteins und Dr. Mansholts aufgegeben habe. Angesichts der kommenden Marathonverhandlungen in der EWG wäre ein Wechsel an der Spitze zum gegenwärtigen Zeitpunkt äußerst unangebracht.

In der Wirtschaftsdebatte gab das Europäische Parlament vor allem seiner Besorgnis über die steigenden Preise Ausdruck. Als Berichterstatter des Wirtschafts- und Finanzausschusses prophezeite Herbert Kriedemann der EWG-Wirtschaftspolitik harte Monate. Die Gefahren könnten mit den Mitteln der nationalen Wirtschaftspolitik nicht mehr gelöst werden. Darum sei eine einheitliche Konjunkturpolitik der Sechs wichtiger als alles andere. Die öffentliche Hand habe Aufgaben zu erfüllen, die auch aus konjunkturellen Gründen nicht aufgeschoben werden könnten. Als Beispiele wurden die Gemeinschaftsaufgaben und die Sozial Einrichtungen genannt. Maßhaltappelle an die Sozialpartner sind nach Ansicht Kriedemanns erst dann sinnvoll, wenn die Politiker ihrer Verantwortung für den Wirtschaftsablauf gerecht werden, etwa bei der Festsetzung politischer Preise für Nahrungsmittel. Die wieder zur Vorsitzenden des Wirtschafts- und Finanzausschusses des Europäischen Parlaments gewählte SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ilse Elsner wies auf die steigenden Nahrungsmittelpreise in der EWG hin. Die Preissteigerungen seien zum großen Teil auf die von den Regierungen angeordneten Preiserhöhungen für öffentliche Dienstleistungen zurückzuführen.

Zu Beginn der Sitzungswoche hatte das Europäische Parlament den Vorsitzenden der christlich-demokratischen Fraktion, den Franzosen Alain Poher zum neuen Präsidenten gewählt. Der sozialistische französische Gegenkandidat Francis Vals unterlag in der namentlichen Abstimmung. Dies ist vor allem deshalb bedauerlich, weil bisher noch nie ein europäischer Sozialdemokrat Präsident des Europäischen Parlaments war. Mit einer Ausnahme waren alle sechs Präsidenten des Europäischen Parlaments seit 1958 Christdemokraten. Im Gegensatz dazu hatte die Beratende Versammlung des Europarats schon vier, die Versammlung der WEU zwei sozialdemokratische Präsidenten. Im Hintergrund der Präsidentenwahl schwelt ein Streit um die Besetzung der italienischen Delegation beim Europäischen Parlament, die noch immer nicht dem Ausgang der italienischen Parlamentswahlen vom April 1963 angepaßt wurde.

Aufgrund einer Initiative des französischen Sozialdemokraten Spénale nahm das Europäische Parlament einen Antrag an, in dem die EWG aufgefordert wird, eine gemeinsame Aktion gegen die Nahrungsmittelknappheit in Indien zu unternehmen. Es sollen vor allem überschüssige Getreidebestände nach Indien geliefert werden.

Parteibuchbeamtentum in Hessen ?

Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB

Vor dem Landesparteitag der CDU in Rheinland-Pfalz hat der CDU-Vorsitzende Konrad Adenauer heftige Angriffe gegen die hessische Landesregierung gerichtet. Er beschuldigte sie, ein Parteibuchbeamtentum gezüchtet zu haben und die Freiheit im Lande einzuengen. Wahrscheinlich wollte er mit diesen Redensarten den Führungskräften der CDU wieder einmal zeigen, wie man mit politischen Gegnern umspringen muß. Dabei ist doch das Schimpfen das Einzige, was Erhard von seinem Amtsvorgänger gelernt hat, wenn er es sich auch oft sehr mühsam abquälen muß.

In der Sache hat der CDU-Vorsitzende aber einfach nicht recht. Die Zahl der politisch engagierten Beamten ist in Hessen kaum wesentlich größer als in einem anderen Bundesland. In der Auswahl seiner Mitarbeiter war der hessische Ministerpräsident, Dr. h. c. Georg August Zinn, stets wesentlich toleranter als die meisten Ministerpräsidenten der CDU.

Um nur ein Beispiel zu nennen: von sechs Abteilungsleitern der hessischen Staatskanzlei gehören zwei der SED an, je einer der FDP, CDU und GPD. Einer ist parteilos. Unter den Abteilungsleitern in den Fachministerien überwiegen die Parteiloosen ebenso wie unter den Spitzen der obersten Landesbehörden. Selbst in Ministerien, die von sozialdemokratischen Ministern geleitet werden, sind und waren Abteilungsleiter im Rang von Ministerialdirigenten, die entweder der CDU angehören oder der CDU nahestehen.

Ein Vergleich der Spitzenpositionen der Verwaltung im Lande, Hessen mit den CDU-regierten Ländern dürfte sehr rasch deutlich machen, daß es in Hessen bestimmt nicht mehr "Parteibuchbeamten" als in diesen Ländern und wahrscheinlich auch in den Bonner Bundesministerien gibt. Was heißt überhaupt Parteibuchbeamte? Ein Politiker wie Dr. Adenauer, der so lange an der Spitze der Regierung der Bundesrepublik gestanden hat, sollte doch mit solchen Begriffen, die den Feinden der Demokratie in die Hände arbeiten, sehr vorsichtig sein. Ist ein Beamter, der alle erforderlichen Staatsprüfungen gemacht hat und eine normale Laufbahn hinter sich hat, deshalb ein Parteibuchbeamter, weil er den Mut hat, sich zu einer Partei zu bekennen? Sind Außenseiter, die sich in der freien Wirtschaft qualifiziert haben, womöglich über eine abgeschlossene akademische Ausbildung verfügen oder durch Leistungen aus der gehobenen mittleren Laufbahn aufstiegen deshalb Parteibuchbeamte?

Was qualifiziert denn den politisch engagierten Beamten gegenüber den restlichen Beamten ab? Etwa daß sie, zu einer Zeit, in der letztere ihre Hobbys pflegen und sich um die Erhaltung ihrer Gesundheit bemühen, an politischen Versammlungen und Tagungen teilnehmen, kommunale und politische Ehrenämter ausüben und insgeheim von denen ausgelacht werden, die ein bequemeres Leben vorziehen?

Nein, wir meinen, wenn der CDU-Vorsitzende Zielscheibe für seine Angriffe sucht, gibt es lohnendere. Er hatte sie ja in übrigen Teil seiner Rede gefunden!

Am Beispiel Schleswig-Holsteins

Fünf Bundesländer in Finanznot

hh - Bundestag und Bundesregierung werden bald über den einstimmigen Bundesratsentschluß zu entscheiden haben, den fünf finanzschwachen Ländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bayern und Saarland für den Etat 1966 rund 250 Millionen DM als Bundesergänzungszuweisung auf der Grundlage des Artikels 107 des Grundgesetzes zuzuweisen.

Die Bundesländer sind mit ihrem gegenseitigen Finanzausgleich am Ende. 1966 haben die wohlhabenden Länder ohnehin schon 1,75 Milliarden DM für die finanzschwachen Länder aufzubringen. Der Bund wird nicht umhin können, die 250 Millionen DM zu geben, wenn er nicht schuldig werden will, einige finanzschwache Länder völlig in den Bankrott zu treiben. Es wird wohl auch darauf hinauslaufen müssen, daß vom 1. Januar nächsten Jahres an der Anteil der Länder an der Einkommen- und Körperschaftssteuer wieder von 61 auf 65 Prozent heraufgesetzt wird, wie es früher der Fall war.

Was in den Ländern los ist, läßt sich am Beispiel Schleswig-Holstein erläutern, wobei gesagt werden muß, daß Niedersachsen oder das Saarland noch viel schlimmer dran sind. Im nördlichen Bundesland, das auf seine Schulausbildung so stolz ist, wird man noch etwa 30 Jahre brauchen, um die einklassigen Dorfschulen abzubauen, wenn die Gelder wie bisher fließen. In Schleswig-Holstein gehen nur 118 000 Schüler in vollausgebaute neunklassige Volksschulen. Aber 102 000 müssen noch mit ein- bis achtklassigen Dorfschulen vorlieb nehmen.

Das Programm Nord, das landwirtschaftliche Entwicklungsprogramm hinter der Nordseeküste, und der große Küstenschutzplan, der nach der Februar-Sturmflut 1962 anließ, ist nunmehr scharfen Kürzungen unterworfen. Jeder Fachmann weiß, was die Natur anrichten kann, wenn plötzlich Entwässerungssysteme und Deichbauten gedrosselt werden müssen. Das ganze läuft grob gesehen auf eine fehlerhafte Gefährdung von Menschenleben hinaus. Soll denn eine neue Februar-Sturmflut zeigen, daß man nicht genug Geld hatte, um Leben zu schützen?

Der Nordostseekanal, die meistbefahrene Großwasserstraße der Welt, an der 100 000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein hängen, gehört zum Stiefkind des Bundes. Die notwendigen Kapitalaufstockungen für die Modernisierung des Kanals sind nicht gekommen. Es ist aber unerbittliche Tatsache, daß 50 Kilometer der 99 Kilometer langen Wasserstraße mit Böschungen versehen sind, die jeder Beschreibung Hohn sprechen. Die Schiffe müssen äußerst langsam fahren, weil das Erdreich ununterbrochen in die Wasserstraße rutscht. Einige skandinavische Reedereien beginnen schon den Umweg um Skagen zu wählen, weil sie eine Wasserstraße nicht mehr benutzen wollen, die im Verfall begriffen ist.

Die größte Fachbibliothek ihrer Art in der Welt, die Bibliothek des Weltwirtschaftsinstituts in Kiel, ist kümmerlich in alten U-Boots-Kasernen aus dem Ersten Weltkrieg untergebracht. Die Bücherei platzt aus allen Nähten und sollte in diesem Jahr einen Neubau erhalten. Der Neubau wird nicht vorgenommen. Ein Institut, auf das Deutschland mit Recht stolz sein kann, wird weiter in uralten Kasernenstuben dahinvegetieren müssen.

Großbritannien im Wahlkampf

Von Fritz Segall, London

Lieber Harold! Mein Lieber Ted!

Diese Anredeformen verwendete Oppositionsführer Ted Heath als er Harold Wilson zu einem Gespräch im Bildfunk aufforderte und der Ministerpräsident, als er seine Zusage unter der Bedingung gab, daß an dieser Auseinandersetzung auch "Jo" (Joseph) Grimond, als Führer der Liberalen, teilnehmen sollte. Unterschrieben wurden die Briefe jeweils mit "Ihr aufrichtig ergebener". Trotz dieses verbindlichen Toncs haben die Auseinandersetzungen im Unterhaus bereits an Schärfe zugenommen.

Labour in Führung

Alle Voraussagen, das gibt auch der konservative Parteiführer zu, deuten einen Sieg der Labour Party an, den Grimond in aller Öffentlichkeit voraussagte. Die letzten beiden, im Landesmaßstab erfolgten Volksbefragungen gaben Labour einen Vorsprung von 14 bis 9 Prozent. Zwei der größten Buchmacherfirmen in London legen Wetten mit 6:1 für einen Laboursieg. Die Wettfreudigkeit der Bevölkerung vor allem für Labour ist um so bemerkenswerter, als sie in eine Woche sich in der der Schatzkanzler im Unterhaus bekannt gab, daß er künftig Wetten und Glücksspiele besteuern wird, wodurch dem Staat Mehreinnahmen von 15 Millionen Pfund Sterling jährlich zufließen.

Zufälle können entscheiden

Trotz aller guten Vorzeichen, zu denen noch die Unzufriedenheit der Wähler mit der konservativen Parteispitze hinzukommt, kann die Entscheidung von einer ganzen Reihe von Zufällen beeinflußt werden, die mit der Eigenart des britischen Wahlsystems in Verbindung stehen: 1964 mußten für jeden Sitz im Unterhaus die Labour Party 38 503 die Konservativen 39 632 und die Liberalen 343 702 Stimmen aufbringen 20 konservative Wahlkreise haben eine Majorität von unter 1 000 Stimmen. Würde Labour diese Sitze gewinnen, ohne eigene Verluste zu haben, hätte die Unterhausfraktion bereits eine arbeitsfähige Mehrheit; aber auch die Labour Party hat 20 Wahlkreise, die ebenso gefährdet sind. Eine weitere Unsicherheit entsteht, weil die Liberalen, die 1964 in fast allen 630 Wahlkreisen um einen Sitz kämpften, zu dieser Wahl infolge des finanziellen Risikos eine viel geringere Anzahl von Kandidaten aufstellen. Für welche Partei sich diejenigen liberalen Wähler entscheiden werden, die in ihren Wahlkreisen keinen eigenen Vertreter herausstellen, kann man ungefähr erst nach der Wahl ausrechnen. Ein anderer großer Nachteil entsteht für die Labour Party, da Harold Wilson als Regierungschef nur an drei Wochenenden in der Lage ist, außerhalb Londons in den Wahlkampf einzugreifen.

Das konservative Erbe

Niemand hat am 15. Oktober 1964 geglaubt, daß Wilson und seine Regierung mit einer Majorität von fünf Stimmen, die später auf

drei herabsank, länger als ein paar Monate im Amt verbleiben könnte. Mit dieser Möglichkeit rechneten am wenigsten die konservativen Amtsvorgänger; denn sie wußten, daß sie der Öffentlichkeit das Ausmaß der ökonomischen Krise verschwiegen hatten. In einem vor wenigen Tagen erschienenen Buch von Peter Shore mit dem Titel "Berechtigt zu wissen", der als Abgeordneter gleichzeitig persönlicher parlamentarischer Sekretär des Premierministers ist, wird berichtet, daß das gesamte Torykabinet an einem gewaltigen "Schwindel" beteiligt war. Die Labour Regierung übernahm ohne vorherige Warnung ein "Defizit von rund 800 Millionen Pfund Sterling und die schlimmste ökonomische Krise seit dem letzten Kriege". In der auswärtigen und Verteidigungspolitik überließen die Tories ihren Nachfolgern riesige Verpflichtungen mit nur hauchdünner Deckung. In der Kommunalpolitik wurden in letzter Minute hoffnungslos aufgeblähte Programme angekündigt, um die Jahre der Vernachlässigung zu verdecken.

Verfrühte Nachwahlen

Die ökonomische Krise und die ununterbrochene Obstruktion der Tories in Unterhaus, die sich in der Opposition noch unfähiger erwiesen als in der Regierung, veranlaßten Harold Wilson, die Wahlen vorzuzerlegen, die er ursprünglich für Oktober plante. Die vergangenen 6 Monaten waren für ihn, die Regierungsmitglieder und die Abgeordneten von fast übermenschlichen Verpflichtungen angefüllt, die trotzdem die Einführung einer erheblichen Anzahl von Gesetzen, besonders im sozialen Sektor, ermöglichten.

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß die Labour Regierung, wenn sie am 31. März mit einer zumindest arbeitsfähigen Majorität auf fünf Jahre bestätigt wird, eine neue Ära in Großbritannien einleitet, die sich auch im außenpolitischen Gebiet, besonders im europäischen Rahmen, dokumentieren wird. Die Einführung des Dezimalsystems im Jahre 1971 kann als sicheres Zeichen gelten, daß die Labour Regierung beabsichtigt, sich einem europäischen Wirtschaftssystem zu nähern, das die Konservativen nach Churchill zu keiner Zeit ernsthaft erwogen haben.

Wahlkampf auf innerpolitischem Gebiet

Trotz der drängenden außenpolitischen Probleme wird sich der Wahlkampf vornehmlich auf innerpolitischen Gebieten abspielen. "Diese Wahl", schreibt der liberale "Guardian", wird nicht um mehr Sozialismus geführt, was immer dieser Begriff auch meint. Es ist eine Wahl, die über die Methoden und Ziele der Regierung entscheidet: "Wurden die wirtschaftlichen Verpflichtungen in eine zeitlich richtige Reihenfolge gesetzt? Ist die Preis- und Einkommenspolitik des Versuches wert? Sind die Früchte des Wohlstands gleichmäßig innerhalb der Gemeinschaft verteilt? In welcher Weise ist der Wohlfahrtsstaat zu verbessern?" Diese Fragen und Bedenken sind im neuen Regierungsprogramm eingehend und positiv beantwortet, nachdem die Sicherung des Pfundes als eine der notwendigsten und dringendsten Maßnahmen in den Vordergrund gestellt wird.

Am 500sten Tage der bisherigen Regierung setzte Harold Wilson Neuwahlen in der Hoffnung an, daß seine Regierung, wie er sagte, auch den 500sten Tag erleben würde. Die unabhängige, sehr konservativ eingestellte Wochenzeitschrift "Spectator" schrieb: "Es bedarf eines kleinen Wunders, um Mr. Heath in die Downing Street zu entsenden. Wichtiger aber, ob die Tories gewinnen oder verlieren, ist die Frage, ob sie es verdienen, die Wahlen zu gewinnen. Bis jetzt haben sie nicht gezeigt, daß sie auf einen Erfolg ein Anrecht hätten".